

# Neue

# Tischler-Zeitung

Zeitschrift für die Interessen des Tischlergewerbes.

Organ sämtlicher freien Vereine der Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen, sowie der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler u. (C. S.)

Redaktion und Expedition: Hamburg-Gimsbüffel, Bismarckstraße.

Erscheint wöchentlich.  
Abonnementpreis 1 Mk. pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. Post-Nummer: 4117.

Herausgeber: W. Gram, Hamburg. Verantwortlicher Redakteur: Rich. Müller, Hamburg. Inserate werden in der Expedition dieser Zeitung und bei E. Jensen & Co. in Hamburg, Raboisen 87 I., angenommen.

Inserate für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pf., bei Wiederholungen Rabatt, für Stellenvermittlung 10 Pf. per Petitzeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

## An unsere Abonnenten und Verbreiter der „Neuen Tischler-Zeitung“.

Wie aus dieser Nummer ersichtlich, ist die vorige (Nr. 43) am Sonnabend polizeilich beschlagnahmt und am Dienstag verboten worden. Da wir der Behörde auch Auskunft über Empfänger und Verbreiter des Blattes geben mußten, so weit uns das möglich war, so war vorauszusehen, daß die Zeitung auch auswärts konfisziert werden würde. Das ist denn auch, wie aus einer großen Anzahl inzwischen eingegangener Zuschriften hervorgeht, so ziemlich an allen Orten geschehen, wohin die Zeitung in mehreren Exemplaren an eine Adresse gesandt wird.

Dabei ist es aber auch an verschiedenen Orten vorgekommen, daß es der Polizei nicht genügt hat, die Zeitung nur dort zu konfiszieren, wo zur Verbreitung bestimmte Exemplare vorhanden waren, sondern sie hat die bereits verbreiteten den Abonnenten wieder aus den Häusern geholt. Dazu besitzt die Polizei entschieden kein Recht. Sobald eine Zeitung auf dem gewöhnlichen Wege in die Hände der Abonnenten gelangt ist, ist sie deren Eigentum geworden, und das Eigentum hat auch die Polizei zu respektieren. Ja, an einigen Orten ist sogar von den Verbreitern verlangt worden, die Zeitung von den Abonnenten wieder zurückzufordern und zur Polizei zu bringen. Wir machen daher ausdrücklich darauf aufmerksam, daß dazu die Verbreiter der Zeitung ebensowenig verpflichtet sind, als die Abonnenten zur Herausgabe der in ihren Besitz gelangten Nummer.

Auch sind von einzelnen Verbreitern Befürchtungen laut geworden, es könnten ihnen aus der Verbreitung Unannehmlichkeiten entstehen. Z. B. weil sie keinen Kolportagechein besitzen. Diese Befürchtungen sind ganz grundlos. Unsere sämtlichen Verbreiter der „Neuen Tischler-Zeitung“ haben keinen solchen Schein nötig. Denn entweder geschieht die Verbreitung nicht gewerbsmäßig, oder wo sie gewerbsmäßig geschieht, doch immer nur am Wohnort des Verbreiters, in welchem Falle ein Kolportagechein auch nicht nötig ist, weil die Verbreitung lediglich im Auftrage des Herausgebers d. Bl. geschieht.

Die Redaktion und Expedition der „N. Tischler-Ztg.“

## Zu unserer heutigen Zeichenbeilage.

Es ist wohl nicht nötig, der eine Thür mit Wandvertafelung darstellenden heutigen Beilage viel erklärende Worte beizufügen. Die Zeichnung

sagt Alles selbst. Wir beschränken uns daher auf die Bemerkung, daß der angewandte Stil die deutsche Renaissance ist, unter Anlehnung an einzelne holländische Motive. Die Ausführung kann in jeder Holzart (Eiche, Kiefer, natur, schwarz u.) erfolgen. Die Redaktion.

## Branchen-Organisationen oder allgemeine Organisationen für verwandte Berufe?

Für die meisten in der Gewerkschaftsbewegung thätigen Leser unserer Blattes mag die obige Frage entschieden sein, und zwar in demselben Sinne, wie sie für uns entschieden ist, trotzdem halten wir sie zu einer Erörterung für wichtig genug; bildet sie doch, wenn glücklicher Weise auch nur an wenig Orten, noch immer die Ursache von Zwiespalt unter den Kollegen und das Hinderniß für das Auskommen einer kräftigen gewerkschaftlichen Organisation.

Ein drastisches Beispiel liefert in letzterer Beziehung Berlin, wo, wie uns kürzlich berichtet wurde, zur Zeit nicht weniger als 16, sage und schreibe sechszehn, verschiedene Tischlervereine bestehen sollen. Die Verfechter der Branchen-Organisationen mögen diese Thatsache für eine erfreuliche halten, wir bedauern sie im höchsten Maße. Wir erblicken in ihr die Hauptursache, daß die Idee der gewerkschaftlichen Organisationen unter den Berliner Tischlern so schlechte Fortschritte macht. Die gesammte Mitgliederzahl aller jener 16 Organisationen dürfte zur Zeit wohl nur wenig mehr als den vierten Theil der in Berlin beschäftigten Tischler ausmachen.

Die Branchenorganisations-Theoretiker werden nun zwar sagen, an dieser Erscheinung wären die Branchen-Organisationen weniger schuld, als die „radikale“ Denkweise der Berliner Arbeiter, welche letztere mehr zur politischen Bewegung dränge und der gewerkschaftlichen nicht das nötige Interesse abgewinnen lässe, um sich in Masse den gewerkschaftlichen Vereinen anzuschließen.

Neue Theoretiker werden sogar weiter sagen, daß noch lange nicht so viel Tischler in Berlin organisiert sein würden, wenn nicht die Organisationen Branchen-Organisationen wären, mittelst deren sich die Berufsinteressen angeblich besser wahren ließen, als in allgemeinen Vereinigungen verwandter Berufe.

Wir lassen diese Einwendungen nicht gelten. Was zunächst den politisch vorgeschrittenen Sinn der Berliner Arbeiter anbetrifft, und der, unter Hinweis auf die meisten anderen Gewerbe, die, ebenfalls fast ohne Ausnahme in Berlin

äußerst schlecht organisiert sind, als das angebliche Hinderniß uns schon von mehr als einem Berliner Kollegen gelegentlich entgegen gehalten worden ist, so wäre dieser Einwand doch nur wenigstens bis zu einem gewissen Grade stichhaltig, wenn die Berliner gewerkschaftlichen Vereinigungen in demselben Maße, wie sie lokalisiert sind, zentralisierte wären. Oder, um in Berliner Phrasologie zu reden, wenn diese Vereine statt mit „sozial-politischer Aufklärung“ sich mit „Sachimperei“ beschäftigten.

Wir wissen nicht, ob die Berliner Arbeiter in ihren Fachvereinen Politik, z. B. wie nach dem „Vereinsblatt“ der Magdeburger Allgemeine Bauhandwerkerverein es thut oder thun wollte, Wahlagitation treiben, um so den Bedürfnissen ihres vorgeschrittenen Denkens Genüge zu leisten und — an der Organisation Gefallen zu finden. Aber was hindert sie daran, wenn sie es nicht thun und keine Politik in ihren lokalen gewerkschaftlichen Vereinen treiben? Doch jedenfalls nicht die bestehenden Gesetze, denn dann bekäme ja die ganze kunstvolle, auch von der Mehrzahl der Berliner gewerkschaftlich thätigen Arbeiter so warm besprochene Kessler'sche Aufklärungstheorie ein gewaltiges Loch. Es müssen also entweder andere Umstände sein, welche auch den lokalen Fachvereinen die Beschäftigung mit Politik und sozial-politischer Aufklärung ihrer Mitglieder enge Grenzen zieht, oder der Vorwand mit dem „Radikalismus“ ist eben nur Vorwand zur Verschönigung der wirklichen Ursachen, welche das Graß der Berliner Arbeiter von der Beteiligung an den gewerkschaftlichen Organisationen fernhält.

Nun, und wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Zweifellos bilden die bestehenden Gesetze und noch mehr deren Auslegung ein Haupthinderniß auch für die lokalen Fachvereine, sich mit Politik zu beschäftigen, wenn sie sich nicht dem Schicksal so vieler Arbeiter-Wahlvereine, aufgelöst oder verboten zu werden, aussetzen wollen. Und wir meinen, nur zu dem Zweck, damit die Polizei Vereine zu verbieten hat, gründen die Arbeiter doch keine.

Doch es kommen auch noch andere Momente in Betracht, welche die Fachvereine in ihrer etwaigen politischen Wirksamkeit beschränken. Dabei zunächst der Umstand, daß Arbeiterorganisationen, die sich die Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Aufgabe gemacht haben, wie das doch bei den Fachvereinen der Fall sein soll, und diese Aufgabe auch zu jeder Zeit und in jeder Beziehung erfüllen wollen, dann wohl kaum viel Zeit zu politischen Bestrebungen oder

„sozial-politischen Aufklärungen“ übrig bleiben dürfte.

Des Ferneren fällt in's Gewicht, wenn bei solchen Vereinen die Förderung der sozialpolitischen Aufklärung ihrer Mitglieder nicht nur auf dem Papiere ihrer Statuten, sondern auch de facto bestehen soll, diese Vereine über einen gewissen Fonds materieller Mittel und geistiger Kräfte verfügen müssen, was aber namentlich bei den kleineren Vereinen wohl nur in den seltensten Fällen zutreffen wird. Es werden also die meisten Fachvereine eventuell auch gegen ihren Willen ihre Thätigkeit in der Hauptsache auf fachgewerbliche Dinge beschränken müssen.

Unter diesen Umständen nun zu sagen, man könne sich deshalb nicht für die Gewerkschaftsbewegung interessieren, weil sich die Vereine zu viel mit gewerblichen und zu wenig mit politischen Dingen beschäftigen, setzt ein vollständiges Verkennen der gegebenen Thatfachen voraus, was gleichbedeutend ist mit Nichtbegriffenhaben der Gewerkschaftsidee überhaupt. An dieser Thatfache wird nichts geändert und mag auch noch so viel „Radikalismus“ zur Schau getragen werden.

Wir geben nun allerdings zu, daß das Vächlein der Verhandlungen in den Versammlungen kleiner gewerkschaftlicher Vereine oft recht still und monoton dahinfließen mag, so daß der, welcher nicht mit ganzer Seele an der Vereinsache hängt, sich dabei langweilen wird, besonders gilt das von solchen, die ein so lebhaftes Temperament wie z. B. die Berliner Arbeiter besitzen.

Die gewerkschaftlichen Vereine haben demnach, wenn sie Mitglieder gewinnen wollen, in erster Linie dafür zu sorgen, daß die Mitgliederversammlungen so interessant als möglich werden, auch ohne daß hohe Politik darin getrieben wird. Und zu diesem „Interessantmachen“ ist wieder die erste Vorbedingung eine zahlreiche Theilnahme. Eine solche kann aber nicht stattfinden, wenn von vornherein die Möglichkeit einer zahlreichen Theilnahme ausgeschlossen ist. Und diese Möglichkeit ist ausgeschlossen, wenn die Grenzen, über welche Arbeiterkategorien sich der Verein erstrecken soll, so eng als möglich gezogen sind, wie das z. B. der Fall ist, wenn in Gewerken, die in eine Anzahl an sich zwar oft nicht wesentlich verschiedene aber doch immerhin getrennte Branchen zerfallen, für jede einzelne dieser Branchen ein besonderer Verein geschaffen wird, und das in Berlin thatsächlich geschehen ist.

Darin liegt die erste Schattenseite dieser Branchenorganisationen, daß sie durch die gegenseitige Konkurrenz im Mitgliederwerben sich auch gegenseitig das Leben erschweren und zur Impotenz in der Erfüllung ihrer Zwecke verurtheilen. Und Konkurrenz machen sich diese Vereine gegenseitig, das ist zweifellos. Heute hängt Einer, der seither auf Möbel gearbeitet und Mitglied des Allgemeinen Tischlerfachvereins war, in einer Handwerksstätte an. Seine in dieser beschäftigten Kollegen werden verlangen, daß er nunmehr auch Mitglied des Vereins der Bautischler wird, und vom Standpunkt der Branchenorganisation ist dieses Verlangen auch ganz gerechtfertigt und ihm nachzukommen der betreffende Arbeiter verpflichtet. Morgen hört er aber in dieser Werkstatt wieder auf und wird Anschläger (Einsetzer) oder Parquettschleifer, Klavierarbeiter, oder geht zu sonst einer Branche über, folglich muß er auch der Organisation der betreffenden Branche beitreten. Und da der Einzelne nicht allen oder mehreren dieser gleichartigen Vereine zugleich angehören kann, so wird mit jedem Arbeitswechsel, der eben oft ein Branchenwechsel ist, auch zugleich ein Wechsel in der Organisation stattfinden müssen.

Wir fragen nun, sind denn die Interessen der verschiedenen Branchenarbeiter wirklich so grundverschieden voneinander, daß sie nicht durch eine gemeinsame Organisation können wahrgenommen werden?

Wir sagen nein! diese Interessen sind nicht

so sehr verschieden; es wird an jedem Ort eine Organisation für verwandte Berufszweige völlig genügen, sie wird sogar die Interessen der beteiligten Branchenarbeiter viel besser wahren können, als wenn letztere die in der Vereinigung liegende Kraft in eine Anzahl kleiner und kleinster Vereine zersplittern. Abgesehen von den allgemeinen Arbeiterinteressen, die für alle Arbeiter jeden Gewerbes und jeder Branche dieselben sind, besteht auch bei den speziellen Berufsinteressen der Arbeiter der einzelnen Branchen kein wesentlicher Unterschied. Die Lage des Arbeiters in der Möbel- und Klaviertischlerei ist abhängig vom Arbeitsmarkt resp. Arbeitsverhältnissen in der Bau-, Modell- und Parquettschlerei oder umgekehrt. Bei der schon heute herrschenden und sich noch immer weiter ausbreitenden Arbeitsteilung ist es eben gar leicht, von der einen Branche zu einer anderen überzugehen.

Doch wir wollen der Branchenorganisation auch noch eine gewisse Konzession machen. Wo an einzelnen Orten — und in den großen Städten, wird das überall sein — in den einzelnen Gewerken sich besondere Branchen herausgebildet haben und die örtlichen Verhältnisse so gelagert sind, daß die, welche zur Wahrung der Interessen der einzelnen Branchenarbeiter berufen sind, mit diesen Branchen auch genau Bescheid wissen und mit den Arbeitsverhältnissen vertraut sein müssen, dort wird sich, trotzdem alle Branchen eine gemeinschaftliche Organisation umschlingt, doch auch noch für jede einzelne Branche eine besondere Vertretung mit Leichtigkeit schaffen lassen, ohne daß eine Kräftezersplitterung stattfindet. Ganz einfach. In solchen Fällen würden nach unserer Ansicht die beteiligten Branchen aus ihrer Mitte Kommissionen zu wählen haben, die in all den Fragen, die speziell ihre Branchen betreffen, der allgemeinen Vereinsleitung mit beratender event. auch mit beschließender Stimme zur Seite zu stehen hätten. Wir können uns kein Hinderniß denken, welches solchen Institutionen im Wege stehen sollte.

Doch es sprechen auch noch andere Gründe gegen die Branchenorganisationen. Zunächst der Umstand, daß in Preußen, Sachsen und einigen Kleinstaaten die Behörden den meisten Fachvereinen nicht gestatten, mit anderen gleichartigen Vereinen in Verbindung zu treten. Dadurch wird, wo keine gemeinschaftliche Organisation besteht, es den einzelnen Branchen äußerst schwer sein, sich untereinander so zu verständigen, daß mit Aussicht auf Erfolg eine Aktion unternommen werden kann.

Noch ein weiteres wichtiges Moment spricht für allgemeine Organisationen. Und das ist die dadurch erzielte ganz enorme Ersparnis an Zeit und Mitteln für interne oder geschäftliche Vereinszwecke. Wie viel Zeit müssen z. B. die 16 Berliner Tischlerorganisationen auf die Wahl von Vereinsbeamten, Verlesen von Protokollen, Abrechnungen u. dgl. mehr das Jahr hindurch verschwenden, wo doch mit dem 16. Theil davon auszukommen wäre? Und wie hoch mögen sich die unnötigen Ausgaben für Annoncen, Vereinsentwürfe, Lokalmiethe usw. belaufen, welche diese unpraktischen Organisationen erfordern? Ganz abgesehen davon, daß dabei der Vereinspielerei, dem „Alexanderseinwollen“, wie wir uns früher mal ausdrückten, und gegenseitigen Reibereien und Zwistigkeiten unter den Kollegen Thür und Thor geöffnet ist. Die Berliner Kollegen mögen es uns nicht übel nehmen, wenn wir es hier offen aussprechen, daß sie in Bezug auf Organisation den deutschen Tischlern mit einem schlechten Beispiel vorangehen.

Wir halten uns zu diesem Vorwurf berechtigt. Denn wenn auch das nicht empfehlenswerthe Beispiel der Berliner Tischler bei den Kollegen anderer Orte erfreulicher Weise nicht viel Nachahmung findet, so muß es doch auch dort, wo vielleicht die duldesten Motive die Beweggründe zur Gründung von Sonderorganisationen bilden, erhalten, dieses verwerfliche

Beginnen zu beschönigen, wie das z. B. in Hamburg der Fall ist. Hier hat sich bekanntlich, wie die auswärtigen Kollegen schon aus den Verhandlungen des Braunschweiger Tischlerkongresses wissen, unter dem Namen „Bautischlerverein“ auch eine solche Branchenorganisation gebildet. Und während die Macher derselben entweder bei der allgemeinen großen Organisation der Hamburger Tischler sämtlich etwas auf dem Kerbholz haben und so dieser aus guten Gründen fern bleiben bezw. „fern geblieben werden“ oder aus Lust am Intriguieren und Zerstreuen dem hiesigen Verbandsverein entgegenarbeiten, schwägen sie den noch weniger aufgeklärten Kollegen, die sie für ihren Verein gewinnen, dreist vor, die Branchenorganisation sei die beste Organisationsform, indem sie sich dabei auf das Beispiel der Berliner berufen.

Wenn nun auch nicht daran zu denken ist, daß der Verband in Hamburg durch die Stärkereien solcher Auckkollegen gefährdet werden konnte, so haben diese ihn doch auch zweifellos seit Jahresfrist viel geschädigt. Mancher Indifferente hat sich durch diesen Streif abhalten lassen, überhaupt einer Organisation beizutreten; bildet die Uneinigkeit unter den organisierten Arbeitern doch auch einen famosen Einwand für das Fernbleiben.

Wir rechnen darauf, daß die Klar denkenden und es mit der Sache aufrichtig Meinenden unter den Berliner Tischlern ihr bestes Können einsetzen werden, die dortigen prinzipiell auf gleichem Boden stehenden Tischlerorganisationen zu einer einzigen kompakten Masse zu verschmelzen. Nicht nur für Berlin, sondern für die Tischlerbewegung in ganz Deutschland würde eine solche Verschmelzung von enormem Vortheil sein.

#### Sozialistengesetzliches.

Unter dieser Rubrik können wir heute unseren Lesern von einer Maßregel berichten, welche die „Neue Tischler-Ztg.“ selbst betroffen. Am vorigen Sonnabend erschienen in unseren Redaktions- und Expeditionsräumen vier Kriminalbeamte, um die noch vorhandenen Exemplare der letzten Nummer der „Neuen Tischler-Zeitung“ mit Beschlag zu belegen. Dasselbe war gleichzeitig durch andere Beamte in der Druckerei geschehen. Heute, Dienstag Abend, wurde uns nun das polizeiliche Verbot dieser beschlagnahmten Nummer zugestellt. Da gegen das Verbot Beschwerde geführt wird, können wir uns hier jeder Kritik seiner Begründung enthalten. Das betreffende polizeiliche Schriftstück lautet:

Hamburg, den 28. Oktober 1889.

Zu Gemäßheit des § 13 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird Ihnen als dem Verleger der periodischen Druckschrift:

„Neue Tischler-Zeitung, Zeitschrift für die Interessen des Tischlergewerbes“

hierdurch eröffnet, daß die unterzeichnete Behörde als Landespolizeibehörde auf Grund des § 11 des gedachten Gesetzes die Nummer 43 des XI. Jahrganges verboten hat.

Zur Begründung des Verbots wird hingewiesen auf den Artikel: „Landstreicher und Vagabunden“, in welchem zur Förderung sozialistischer auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichteter Bestrebungen die Ursachen des Vagabundenthums gegenüber dem „Geschwäh der kapitalistischen Presse“ erläutert werden, um die Leser zu überzeugen, daß die Landstreicher fast ohne Ausnahme „Opfer der heutigen anarchischen Produktionsweise“ sind, deren Bekämpfung daher ein Gebot der Selbsterhaltung sei.

Nachdem der Verfasser des inkrimierten Artikels zunächst ausgeführt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit das einzige Mittel sei, welches das Wachsthum des Vagabundenthums verhindern könne, weil dann zur Erzeugung desselben Arbeitsquantums die Anstellung von mehr Arbeitskräften erforderlich werde, wendet er sich in heftigen Redensarten gegen die herrschende Klasse und macht ihr den gehässigen Vorwurf, daß sie nur deshalb nicht das Uebel bei der Wurzel anfasse, weil sie gerade der überflüssigen Arbeitskräfte, „der sogenannten industriellen Reservearmee“, bedürfe, um durch deren eventuelle Benützung als „Streikbrecher“ den Lohn der beschäftigten Arbeiter herunterdrücken zu können. Hieran anschließend scheut der Verfasser sich nicht, das Unternehmertum zu beschuldigen, daß die Arbeiterorganisationen, welche die Verkürzung der Arbeitszeit anstreben, nur deshalb von ihm verfolgt würden, weil es in ihrem Interesse läge, daß immer unbeschäftigte und darum „Hunger und Noth leidende“ Arbeiter genügend vorhanden wären.

Der Verfasser sucht dann ferner seine Leser darüber aufzuklären, daß Verpflegungsstationen und Arbeiterkolonien von den „Kapitalbürgern“ keineswegs aus Humanität zur Bekämpfung des Vagabundenwesens,

sondern in erster Linie zu dem Zweck errichtet wurden, um die kleinen Störungen und Belästigungen, welche das ablichtlich groß gezogene Landstreicherthum nothwendig im Gefolge habe, auf das kleinste Maß zu beschränken.

Es liegt nun ohne Weiteres auf der Hand, daß diese Sätze eines seinem gesammten Inhalte nach von sozialistischer Denk- und Gesinnungsweise zeugnenden Urtheils den Thatbestand des § 11 des Sozialistengesetzes in jeder Richtung hin enthalten. Denn der in demselben gegen die Besizenden erhobene und in der gefälligsten Form zum Ausdruck gebrachte Vorwurf, daß dieselben nicht allein kein Mitgefühl mit dem nothleidenden Theil des Arbeiterhandes haben, sondern sogar ablichtlich darauf hinarbeiten, daß Arbeitslosigkeit und Armuth fortbestehe, damit sie sich auf Kosten der Arbeiter bereichern können, ist in hohem Maße geeignet, die Nichtbesizenden gegen die Besizenden aufzuheizen und somit die Eintracht der Bevölkerungsklassen zu gefährden.

Daß der inkrimirierte Artikel sozialdemokratische Tendenzen verfolgt, erheilt ohne Weiteres nicht allein aus der leidenschaftlichen Bekämpfung der heutigen Produktionsweise, welche als eine „anarchistische“ der Umänderung dringend bedürftige geschildert wird, sondern auch aus der Uebereinstimmung desselben mit der ganzen Tendenz des Blattes, welche der Herausgeber wiederholt in der unzweideutigsten Weise zu kennzeichnen nicht unterlassen hat (vergleiche insbesondere den Artikel: „Die Presse und die Arbeiter“ in Nr. 40 des X. Jahrganges und ferner den Artikel: „Rückblicke“ in Nr. 53 desselben Jahrganges, in welchem der Herausgeber offen bekennet, daß es seinem Blatte nur deshalb besser gegangen sei, als so manchem anderen, weil er dieselbe Sache mit weniger schroffen und radikalsten Worten gesagt habe.)

Da es nun ferner auch nicht zweifelhaft sein kann, daß die „Neue Tischler-Zeitung“ keineswegs nur der Ansicht zurückhält, daß die Durchführung der von ihr vertretenen sozialistischen Ideen nur im Wege der Gewalt gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung erwartet werden kann, vielmehr auf einen solchen Umsturz wiederholt hingewiesen hat (vergleiche den Artikel „Schlüssel“ in der Nummer 53 des X. Jahrganges), so mußte das Verbot der Einzelnummer, wie geschehen, ausgesprochen werden.

Der Senator, Chef der Polizei.  
H a c h m a n n.

**Bereine und Versammlungen.**

**Braunschweig.** Am Donnerstag, den 17. Oktober, fand hier eine allgemeine Tischlerversammlung statt, dieselbe wurde jedoch nach kurzer Dauer von dem überwachenden Beamten Bussenius aufgelöst, weil ein Nichttischler sprechen wollte.

Am 23. Oktober fand wiederum eine allgemeine Tischlerversammlung statt, die glücklich zu Ende geführt werden konnte. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde von der Lohnkommission berichtet, daß der Streik als beendet zu betrachten sei, weil die Streikenden jetzt Alle wieder Arbeit bekommen hätten. Weiter wurde berichtet, daß in Werkstätten, wo bis zum Schluß gestreift wurde und der Arbeitgeber sich darauf berief, daß es ihm nicht möglich wäre zu bewilligen statt Beschluß der Innung, jetzt größtentheils die Forderungen eingeführt sind und wurden hierfür mehrere Fälle angeführt. Ferner wurde konstatiert, trotzdem der Tischlermeister Barth auf dem Innungstag in Hamburg noch mit den Entlassungsscheinen, die die Innung hier eingeführt hat, so sehr prahlte, sämtliche Meister die Arbeiter einstellten, es genigte, wenn dieselben nur auf der von der Innung aufgestellten schwarzen Liste standen, ohne dann weiter einen Entlassungsschein zu fordern. Haben wir bei diesem Kampfe auch das nicht errungen, was wohl in Anbetracht der großen Opfer, die dieser Streik gekostet hat, zu verlangen gewesen wäre, so müssen wir doch konstatiren, daß der Starrsinn der Innungsmeister bei diesem Streik doch eine ziemliche Schluppe erlitten hat, denn nicht selten hört man die Herren noch heute sagen: Machen Sie doch endlich der Geschichte ein Ende, denn wir haben doch gegenseitig wohl Schaden genug gehabt. Von einem Kollegen wurde dann noch angeführt, wie der Mißerfolg zum größten Theil gerade Denjenigen zuzuschreiben sei, die früher sich berufen fühlten, die Fahne der Tischlerbewegung hoch zu halten und dann im Moment der Gefahr dieselbe verlassen hätten, eher als den sogenannten Indifferenten. Dann wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß es unbedingt nothwendig wäre, den Bezug nach hier noch fernzuhalten, um noch ehtliche starrköpfige Innungsmeister zum Nachgeben zu bewegen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, weil keine feste Organisation am Orte besteht und weit uns bekanntlich die Zahlstelle des Verbandes geschlossen ist, einen Fachverein zu gründen. Von der Neugründung einer Zahlstelle wurde Abstand genommen, weil die neugegründete Zahlstelle des Schneiderverbandes

nach dreitägiger Dauer wieder aufgelöst wurde. Hierzu wurde eine Kommission gewählt, welche die Statuten auszuarbeiten und in der nächsten Versammlung, die schon diese Woche stattfindet, vorlegen soll.

Zum dritten Punkt: Gewerbeschiedsgerichte, wurde eine Resolution beschlossen, die an den Stadtmagistrat gesandt werden soll, worinnen derselbe aufgefordert wird, ein allgemeines Gewerbeschiedsgericht zu errichten.

Zum vierten Punkt: Gewerkschaftliches, wurde unter Anderem noch eine Arbeitsnachweis-Kommission gewählt. Wir ersuchen zugleich alle zureisenden Kollegen, nur bei dieser um Arbeit nachzusehen. Dieselbe befindet sich in unserer Herberge, Weberstr. Nr. 10. Zugleich ersuchen wir alle Kollegen, doch, wenn möglich, Braunschweig noch unbedingt zu meiden, da sonst unsere wenigen Errungenschaften in Frage gestellt werden.

**Nachricht.** Alle Kollegen, die noch im Besitz von Sammelbüchern von uns sind, bitten wir, diese sofort an uns einzuliefern, da die Uebertragung in kürzester Zeit erfolgen soll.

Oben erhalten wir die Nachricht, daß in der Pianoforte-Fabrik von Zeiter & Winkelmann ein Abzug von 25-40 pCt. auf alle Arbeiter angekündigt ist, und haben hierauf sämtliche 120 Arbeiter die Arbeit gekündigt, weil ein solch enormer Abzug auf den bisher verdienten Lohn nicht möglich ist. Somit werden am 9. November sämtliche Arbeiter die Arbeit einstellen, falls ein Vergleich nicht stattfindet und bitten wir schon deshalb, den Bezug fernzuhalten.

**München.** Am 13. Oktober fand hier eine von 800 Personen besuchte öffentliche Schreiner-Versammlung statt mit der Tagesordnung: Bericht der am 8. Septbr. gewählten Kommission, die Frage der Lohn- und Arbeitszeit des Schreiner-Gewerbes am Orte betreffend, eventuell Stellungnahme dazu. Der Referent, Herr Schmidt, entledigte sich seiner Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit aller Anwesenden. Derselbe wies Anfangs seiner Ausführungen darauf hin, wie der Lohn seit zwei Jahrzehnten fast der gleiche geblieben sei, während Wohnungsmiethen und die Preise der Lebensmittel eminent in die Höhe getrieben sind. Letzteres sei eine Folge der agrarischen Schutzpolitik. Träten dann die Arbeiter zusammen, um in Vereinen ihre wirtschaftliche Lage zu besprechen, so regnet es Verbote. Die Kupfer-, Kohlen- und Getreideringe werden nicht nur gebildet, man findet es ganz selbstverständlich, daß sie überhaupt bestehen, denn — die Leute wollen dabei verdienen; während Vereine, die den Zweck haben, das Volk über seine wirtschaftliche Lage aufzuklären, der Auflösung verfallen. Es giebt da, wie Referent sich ausdrückte, um dem zu steuern, nur folgende Mittel: 1. durch mannhafte Zusammenstehen zu zeigen, daß die Arbeiter ihrer Klassenlage bewußt werden; 2. darnach zu trachten, daß in die geistgebenden Körperschaften, vor Allem in den deutschen Reichstag, Männer zu senden kommen, die sich als solche zeigen, und welche auch gewillt sind, für das Volk einzustehen. Auf die Arbeiten der Kommission übergehend, unterbreitete derselbe die Fragebogen und erläuterte dieselben. Für jeden Schreinergehülfen ist ein Fragebogen bestimmt, aus deren Zusammenstellung der Werkstatt-Fragebogen ergänzt wird. Gewissenhaft und genau die Fragebogen auszufüllen, ist die Pflicht eines Jeden; denn das Ergebnis der Statistik sei das einzige Mittel, um sich und andere Kreise über die Lage in unserer Gewerbe aufzuklären. Auf Vorschlag der Kommission werden in den einzelnen Werkstätten Werkstatt-Delegirte ernannt, die mit der Kommission in Verbindung zu treten haben. Noch mehrere Kollegen äußerten sich im Sinne des Referenten und allgemein wurde betont, einen neunstündigen Arbeitstag zu fordern.

Hauptsächlich wurde betont, die Frage: „Sind Sie gewillt, eine derartige Forderung event. durch Arbeits-einstellung zu unterstützen?“ dann lieber mit Nein zu beantworten, als nach kurzer Zeit dann jahnenklüchtig zu werden. Die Beantwortung dieser Frage sei ein Eid, wodurch jeder moralisch verpflichtet sei, ihn zu halten. Nach einem fernigen Aufrufe, sich der Organisation anzuschließen, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

NB. Die Kollegen anderwärts ersuchen hieraus, wie hierorts die Verhältnisse liegen, und im Hinweis darauf eruchen wir schon jetzt, dafür Sorge tragen zu wollen, den Bezug nach dem sonst immer sehr frequentierten München möglichst fernzuhalten, um eine eventuelle Bewegung siegreich durchführen zu können.

J. A.: Th. Schwente.

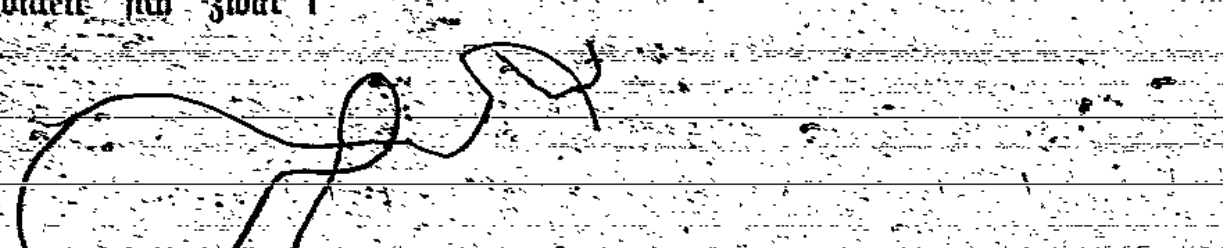
**Guben.** Nachdem sich im vorigen Jahre die hiesige Zahlstelle des Deutschen Tischlerverbandes freiwillig aufgelöst hatte, weil sie eine genehmigungspflichtige Versicherungsanstalt sein sollte, gründeten die hiesigen Kollegen, nachdem inzwischen die bekannte Entscheidung des Obergerichtes ergangen, im April dieses Jahres wieder eine neue Zahlstelle. Mit frischen Kräften wurde an's Werk gegangen, so daß die neue Organisation bald 50 Mitglieder zählte. Ein Beweis dafür, daß auch die hiesigen Kollegen bestrebt sind, ihre schlechte Lage zu verbessern. Dieselbe ist aber auch verbesserungsbedürftig: lange Arbeitszeit, wenig Lohn und inhumane Behandlung seitens der Arbeitgeber bilden die Signatur. Am meisten zeichnet sich in dieser Beziehung die Geldleisten-Fabrik von Anders aus. Die dort beschäftigten Kollegen getrauen sich nicht einmal der Organisation beizutreten. Zur Bezeichnung ihrer Angst vor dem Arbeitgeber gebrauchen sie das bekannte: „Es nützt ja doch nichts.“ Mit dem Stand unserer Organisation können wir zufrieden sein; sie entwickelt sich zwar

langsam, aber gut. Wir haben auch eine Herberge, verbunden mit Arbeitsnachweis, errichtet. Beides befindet sich im „Gasthof zum goldenen Schiff“, Königstr. 46; und bitten wir alle reisenden Kollegen, nur dort zu verkehren, insbesondere den Arbeitsnachweis der Innung zu meiden.

**Barren.** Am 20. d. M. tagte in der „Schützenhalle“ eine öffentliche Tischler-Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Die Innungen und ihre Bestrebungen. Referent Herr S l o m k e. 2. Berichterstattung, betreffend Herberge und Arbeitsnachweis. 3. Verschiedenes. Der Referent, Herr S l o m k e, führte unter Anderem aus, daß die Innungen mit ihren Bestrebungen unserer heutigen industriellen und gesellschaftlichen Entwicklung nicht gerecht werden und folglich nicht existenzberechtigt und auch nicht existenzfähig sind. Hieraus erklärt sich auch die Thatsache, daß die Innungen immer zu klagen haben, die Meister hätten kein Interesse an der Innung, und es fehle den Innungsmeistern an der nöthigen Opferwilligkeit. Wie habe sich doch dagegen die Opferwilligkeit der Gehülfen ab, welche vom Wochenbeitrag in den verschiedenen Gewerkschaftsverbänden usw. sich auch noch eine erhebliche Extrasteuer zur Unterstützung bedürftiger Kollegen selbst auferlegen. Die Gewerkschaftsverbände der Gehülfen sind trotz aller Chikanen der Regierung und Polizeibehörden zu immer größerer Ausdehnung gelangt, während die Innungen, trotzdem sie von der Regierung für ihre Wahlqualifikation bei jeder Gelegenheit unterstützt werden, beständig im Rückgang begriffen sind; so wurde z. B. auch den Innungen das Recht eingeräumt, Gehülfen und Richtungsmeister zur Deckung der Unkosten des Arbeitsnachweises heranzuziehen; doch steht ihnen dieses Recht nicht zu, so lange sie nicht genügend „Erfolge“ zu verzeichnen und einen Gesellenauschuß haben. Aus diesem Grunde beabsichtigte auch die hiesige Innung, einen Gesellenauschuß in's Leben zu rufen. Da nun aber die Gehülfen, welche bei Richtungsmeistern arbeiten, von dieser Wahl ausgeschlossen sind und denselben nur Pflichten auferlegt werden, während ihnen nicht das Recht eingeräumt wird, über obige Beiträge mit zu verfügen, werden dieselben den Gehülfen-auschuß nicht eher zu Stande kommen lassen, bis sämtliche Meister der Innung angehört, was wohl noch bis zum jüngsten Tage dauern dürfte. Es wurden sodann folgende zwei Resolutionen angenommen: 1. Die Versammlung erklärt: „In Erwägung, daß Meister, Gesellen- und Lehrlingsprüfungen bei der heute bereits bestehenden Theilung der Arbeit absolut nichts zur Hebung des Handwerks beitragen können, und die ganzen Bestrebungen der Innungen schädlich sind im Interesse einer gehenden Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, ist aber auch überzeugt, daß die Innungsmeister nicht eher zu dieser Einsicht kommen, bis die maschinelle Entwicklung so weit gediehen ist, daß die Maschine denjenigen Sarg anfertigt, in dem der letzte Innungsmeister begraben wird.“ 2. Die heutige öffentliche Tischler-Versammlung spricht die Erwartung aus, daß Herr Müller, als Vorsitzender der freien Hülfskassa, die berechtigten Anforderungen der Barmer Schreiner an dem gemeinsamen Eigenthum berücksichtigen und dafür sorgen wird, daß dieses durch Beschluß der Mitglieder derselben wieder allgemein zugänglich gemacht wird.“ Am zweiten Punkt wurde bekannt gemacht, daß sich Herberge und Arbeitsnachweis von jetzt an bei Herrn Fr. Berger, Ködigerstraße, befindet, wo jeden Abend von 8 bis 9 Uhr und Sonntags Vormittags von 10 1/2 bis 11 1/2 Uhr unentgeltlich Arbeit nachgemessen wird. Im Verschiedenen machte ein Kollege die Mittheilung, daß der Fachverein seine Bibliothek und sonstigen Utensilien laut Urkunde der Barmer Schreiner zur Verfügung gestellt hätte. Durch Abstimmung wurde beschlossen, daß dieselben der Zahlstelle des Deutschen Tischlerverbandes als maßgebende Korporation in Verwahrung, resp. Benutzung gegeben werde. Hiermit schloß die von circa 250 Personen besuchte Versammlung.

**Dresden.** Am 21. Oktober feierte der hiesige Fachverein der Tischler in den Räumen des „Trianon“ sein siebenstes Stiftungsfest. Weit über 1000 Personen waren herbeigeströmt, um nach schwerer und ernster Arbeit sich einmal erfrischende Stunden zu gönnen. Zahlreich waren die Ehrengäste erschienen, welche den Verein in ersten Tagen durch Vorträge gefördert hatten. Auch Herr Debel und Frau hatten uns mit ihrem Besuch beehrt. Die Leipziger Kollegen erfreuten uns mit einem Glückwunsch-Telegramm, welches viel Beifall fand. Das reich gewählte Konzert-Programm, der vom Vorsitzenden des Vereins verfaßte und von Herrn Matthes gesprochene Prolog, so wie die von Herrn Wurm gesprochene Festrede gaben dem Fest einen interessanten und würdigen Verlauf. Auch die von Mitgliedern und Freunden des Vereins aufgeführte Theater-Vorstellung trug viel zur Unterhaltung der Festtheilnehmer bei, welche durch den darauf folgenden Ball bis zur frühen Morgenstunde in fröhlichster Stimmung beisammen gehalten wurden.

**Magdeburg.** Herr Wieseke hat auf dem Hamburger Tischlerstag die Behauptung aufgestellt, die Innung hätte hier die Entlassungsscheine mit großem Erfolge eingeführt, dies ist, gelinde gesagt, erfunden. Der größte Theil der Innungsmeister, und selbst Vorstandsmitglieder derselben, stellen Gesellen auch ohne einen solchen ein. Wenn hier noch Entlassungsscheine existiren, so sind die hier schon seit Menschengedenken gang- und gäbe und bestreiten wir der Innung das Recht, zu behaupten, solche mit Erfolg eingeführt zu haben.



116

Rundschau.

Die Einführung des Besichtigungsnachweises hat der Dresdener Ehren-Glaser-Innungsmeister, Hofrath Adernann, mit Unterstützung seiner Gesinnungsgenossen wieder beim Reichstage beantragt.

Die obligatorische Einführung gewerblicher Schiedsgerichte plane die Reichsregierung, hieß es bekanntlich in einer anscheinend offiziellen Notiz, welche vor kurzem durch die Presse ging.

Das Hauptbedenken, welches in dem betreffenden Kestrikt Ausdruck findet, richtet sich gegen die Bestimmungen des § 8, welche die Wahlberechtigung an das vollendete 21. Lebensjahr knüpfen und auch auf das weibliche Geschlecht ausdehnen, was nach dem Kestrikt in hohem Maße bedenklich erscheint.

Vermischtes.

Kaisereiche in Frankreich. Unter den vielen alten und merkwürdigen Sitten in Europa ist wohl keine der bemerkenswerthsten die Ehe auf dem Friedhofe in Alençon in Frankreich.

Das Stammbuch. Man hat sich in letzter Zeit sehr sehr für Stammbücher interessiert. Man hat sich sehr für Stammbücher interessiert.

Die Verfolgung des Judentums. Die Verfolgung des Judentums ist ein Thema, das in der Geschichte wiederholt vorkommt.

Briefkasten.

Bremen, C. A. Briefkasten. Ein Brief aus Bremen, datiert vom 15. Oktober 1889.

letzten Nummern abgegebene Erklärung, daß wir keine Warnungen vor einzelnen Werkstätten, Bekanntmachungen von verhängten Sperrern etc. aufnehmen, wenn dieselben nicht von der am betreffenden Orte befindlichen Organisation oder einer öffentlichen Versammlung beschlossen worden sind.

Blauen i. B. Ein Tischlermeister, welcher seine 3 bis 4 Gesellen zeitweise mit Bauarbeiten in der Werkstatt beschäftigt, ist nicht verpflichtet seinen Betrieb zur Unfallversicherung anzumelden.

Deutscher Tischlerverband.

Kollegen! Laut Beschluß des Braunschweiger Verbandstages sollen auch für dieses Jahr statistische Erhebungen über die Lage des Tischlergewerbes in Deutschland stattfinden und haben wir die hierzu nöthigen Fragebogen in vergangener Woche versandt.

Den beständigen Klagen der Arbeiter über ihre mangelhafte Lage wird von Seiten der Unternehmer sowie der beherrschenden Klassen überhaupt entgegengehalten: die Arbeiter seien heute besser situiert als früher.

Zur Erhaltung einer einzelnen Person — wo bleibt da die Frau, wo die Kinder? Wohlan! Die Statistik soll uns den Beweis liefern, ob wir Recht haben, wir haben keine Ursache, diese Probe zu scheitern.

Sollte an Orten, wo die Kollegen sich zu beteiligen wünschen, die Sendung nicht eingetroffen sein, dann bitten wir, sofort bei uns zu reklamieren und auch die Zahl der notwendigen Bestellfragebogen anzugeben.

Für den Vorstand.

Carl Albr. Sturgen-Gesellch. Hannover 37.

Anzeigen.

Zur Beachtung.

Die den meisten Kollegen bekannt ist, wird haben, daß die meisten Kollegen bekannt ist, wird haben, daß die meisten Kollegen bekannt ist, wird haben.

Die Dreiergewerkschaft Zürich.

Deutscher Tischlerverband. 3. Jahrestag in Frankfurt a. M., Sonntag, den 17. November 1889, Erstes Stiftungsfest.

Wichtig für Feuerwehren. Adressen Feuerlöcher, Feuerwehren, Feuerlöcher, Feuerwehren, Feuerlöcher, Feuerwehren.

Berliner Ausstellung für Unfallverhütung. Die Berliner Ausstellung für Unfallverhütung wird am 1. Oktober 1889 in Berlin eröffnet.

Hobelbänke.

Spezialität.

Philipp Zell in Rauterlautern (Pfalz).

Bautischlermeister.

empfehle ich meine soeben vollendete Arbeit: Moderne Entwürfe für die Bautischlerei.

20 Tafeln N. 8: 30 Tafeln, als abgeschlossenes Werk, N. 11. Hierzu die sorgfältig bearbeiteten Kosten-Voranschläge N. 1.

Offerten-Material.

für die Möbeltischlerei.

Zweite verbesserte Auflage, 11 komplette verschiedene Zimmereinrichtungen, Maßstab 1:10. 32 Blatt, N. 8. Kostenschätzungen hierzu, spezifiziert für jedes einzelne Stück, zu 108 Möbeln, N. 1.50.

Werkzeichnungen, zum Zuschneiden angefertigt, das halbe Möbel in Naturgröße, sowie auch die notwendigen Details zu meinen Entwürfen für die Bautischlerei, auf gutem Detailpapier (Handarbeit) liefere ich auf Wunsch sehr rasch allen Inhabern meiner Werke, für jeden Entwurf im Einzelnen, laut Preis-Kurant.

Ernst Rettelbusch, Techniker und Tischler.

Zeichen-Bureau für Bau- und Möbeltischlerei. Nürnberg, Wielandstraße 17.

Tischler- (Schreiner-) Hobelbänke.

Table with 4 columns: Holzart, Länge, Stärke, Preis. Includes entries for Rothbuche, Kiefer, etc.

empfehle gegen Kassa oder Nachnahme. Theodor Gron.

Lucas Schinck.

Hamburg, Schauenburgerstraße Nr. 19. Spezial-Geschäft für innere und äußere Sargdekorationen.

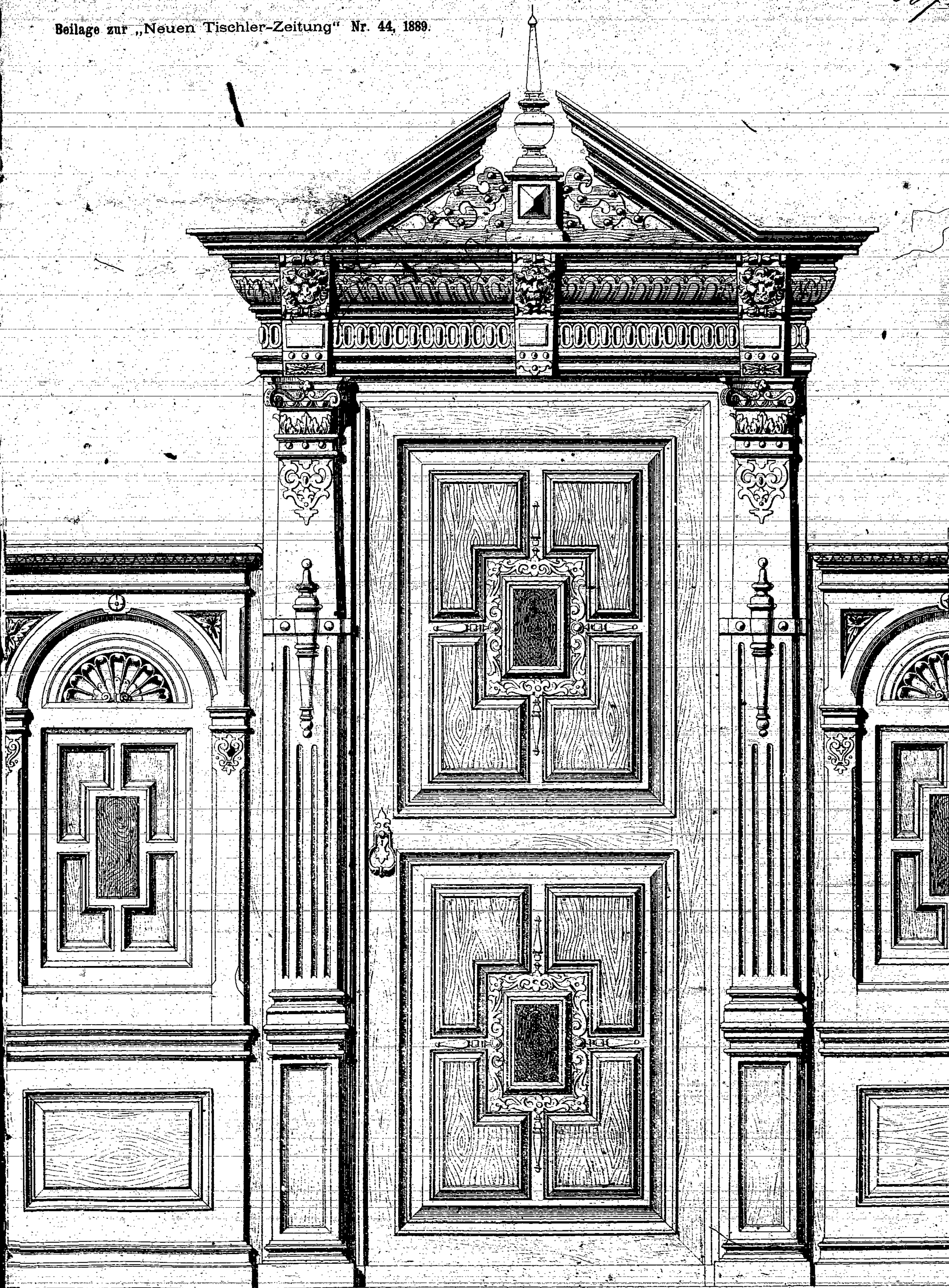
Sterbe-Tafel.

der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

- List of members: Nr. 180, H. Niska, Tischler, geboren 2. 2. 52, gestorben 2. 10. 89 in Berlin A. an Lungen-Tuberk.

Frauen-Sterbe-Tafel.

- List of members: Nr. 321, Frau Hedwig Niesler, geb. 20. 7. 57, gest. 17. 10. 89 in Heidenbach 1. 2.



Zimmerthür mit Wandvertäfelung.